

Redaction:
Dresden,
in der Opern-
tion, N. Neign.
Post Nr. 2,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12 1/2 Rgr. Zu
bezahlen durch
alle fgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Die bereits mitgetheilte Anschauung Badens über die von Seiten der deutschen Bundesregierungen in der Schleswig-holsteinischen Frage einzunehmende Haltung wird keine vereinzelte bleiben, sondern von mehreren Bundesgliedern unterstützt werden. In der am 30. April abgehaltenen Bundestagsitzung brachte Oldenburg einen Antrag ein, welcher dahin geht, daß der Bund, da Dänemark die Uebereinkünfte von 1851 und 1852 nicht erfüllt, dieselben vielmehr durch die Bekanntmachung vom 30. März d. J. verletzt habe, sich seinerseits von denselben losfage und auf Artikel 3 des Friedens von 1850 zurückgehe, weitere Entschliessungen sich vorbehaltend. Der erwähnte Art. 3 behält den kriegführenden Theilen alle vor Ausbruch der Feindseligkeiten besessenen Rechte vor; es würde sonach die Bundesversammlung einfach den Boden zu betreten haben, den die Verhältnisse vor dem Abschlusse der Uebereinkünfte von 1851 und 1852 geschaffen hatten, das heißt, es wäre die Execution gegen Dänemark zu beschließen und zu vollziehen, und während des Bestandes der Execution müßten neue Bedingungen aufgestellt und deren Erfüllung abgewartet werden. Der oldenburgische Antrag ist den vereinigten Ausschüssen zur Begutachtung überwiesen worden, und, wie verlautet, will auch Baiern einen im Wesentlichen damit übereinstimmenden Antrag einbringen. Dagegen scheinen Preußen und Oesterreich an der Ansicht festhalten zu wollen, daß Dänemark gegenüber augenblicklich nur ein Protest angemessen sei und die mehrerwähnten Uebereinkünfte auch fernerhin als Basis einer zu erzielenden Verständigung betrachtet werden sollen.

Die von Frankreich und England an die deutschen Mittelstaaten gerichtete Aufforderung, die von den drei Großmächten in Petersburg zu Gunsten der Polen gemachten Vorstellungen auch ihrerseits zu unterstützen, wird wahrscheinlich zu keinem Erfolge führen. Preußen, welches eine derartige Mitwirkung rund abgelehnt hat, soll sogar bemüht sein, die deutschen Höfe von einer solchen diplomatischen Unterstützung der Westmächte zurück zu halten. Es haben denn auch einige der betreffenden Regierungen bereits ablehnende Antworten nach London und Paris geschickt, und den übrigen wird wahrscheinlich der mittlerweile bekannt gewordene Inhalt der russischen Rückantwort willkommenen Anlaß geben, diesem Beispiele zu folgen.

Die Karlsruher Zeitung, das officiöse Organ der badischen Regierung, richtet sich mit großer Entschiedenheit gegen die demalige preussische Politik, welche sie als eine für ganz Deutschland verderbliche bezeichnet. Das officiöse Blatt greift zwar zunächst nur die Tendenzen der Kreuzzeitung an, allein da diese mit den Anschauungen des preussischen Ministeriums meist übereinstimmen, so kann über die wahre Adresse des Angriffs kaum ein Zweifel obwalten. Ueber die Verderblichkeit der Kreuzzeitungspolitik sagt jener Artikel am Schlusse: „Die Dynastie der Hohenzollern, die Integrität des preussischen Staats, die Existenz der deutschen Nation, das ist der ungeheure Preis, welcher in frevelhaftem Spiele für jene kleinlichen Parteibestrebungen eingesetzt wird. Es ist zu weit gekommen, um in geduldiger Resignation von einem glücklichen Ueberschneide eine Wendung zum Bessern abwarten zu dürfen. Diese Verderber ihres Königs, ihres Staats und unsers ganzen Volkes sind unsere Feinde, gesündendwanzigster Jahrgang. II. Quartal.

gen welche jeder sittliche Gedanke, jede patriotische Empfindung zum Kampfe ruft.“ Diese entschiedene Sprache des badischen Regierungsorgans macht um so größeres Aufsehen, da zwischen den Höfen von Berlin und Karlsruhe die intimsten Familienbeziehungen bestehen. (Der Großherzog von Baden ist bekanntlich der Schwiegersohn des Königs von Preußen.)

In Baiern haben die Neuwahlen zum nächsten Landtage der großdeutschen Partei ein entschiedenes Uebergewicht in der Kammer gesichert; dieselbe wird noch einmal so stark als die Fortschrittspartei vertreten sein, und mithin über die Majorität gebieten. Die Scheidung beider Parteien beschränkt sich jedoch vorzugsweise auf die nationale Frage und auf die mit derselben im engen Zusammenhange stehende Meinungsverschiedenheit über den deutsch-französischen Handelsvertrag. In den inneren Fragen werden beide Fractionen weniger auseinandergehen, sondern sich gegenseitig unterstützen.

Im Königreiche Hannover, wo bekanntlich die kirchlichen Verhältnisse infolge des Auftretens der orthodoxen Geistlichkeit in den letzten Jahren mancherlei Störungen erlitten haben, ist nunmehr der Anfang gemacht worden, die Gesetzgebung auf diesem Gebiete zeitgemäß umzugestalten und der Kirchengemeinde einen größeren Antheil an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten zu sichern. Die hierüber von einer Commission ausgearbeitete Vorlage wird zunächst in einer Synode berathen werden, welche folgendermaßen gebildet werden soll: 1) durch 24 von den Geistlichen zu wählende geistliche Mitglieder; 2) eine gleiche Zahl von den Kirchengemeinden zu wählende Mitglieder; 3) 16 von dem König zu ernennende Mitglieder, Geistliche und Weltliche in gleicher Zahl.

In der Hamburger Vorstadt St. Pauli, welche bekanntlich von Altona nur durch ein Thor getrennt ist, haben in voriger Woche wiederholt tumultuarische Ausbrüche stattgefunden. Während der Nacht wurde das an dem Thore aufgestellte dänische Militär von einer angesammelten Volksmenge unter dem Absingen der Schleswig-holsteinischen Volkshymne gröblich insultirt und mit Steinen geworfen. Sobald die Dänen versuchten, einzelne der Tumultuanten festzunehmen, zog sich die Menge jedesmal auf hamburgisches Gebiet zurück, um bald darauf ihre Angriffe zu wiederholen. Endlich mußte das Hamburger Linienmilitär einschreiten und den Volkshaufen auseinanderreiben. Zuvor sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Preußen. Ende dieser oder Anfang der nächsten Woche soll im Abgeordnetenhaus die Berathung der Militärfrage, der wichtigsten und entscheidendsten, welche dem gegenwärtigen Landtage vorliegt, beginnen; wir haben daher das Hauptfachliche aus dem Berichte der Militärcommission in einem besonderen Artikel zusammengestellt, auf den wir hiermit verweisen. (Siehe Seite 149). — Von der beabsichtigten Adresse, welche von Seiten des Abgeordnetenhauses über die Lage des Landes an den König gerichtet werden sollte, ist abgesehen worden, weil das linke Centrum einen solchen Schritt, Angesichts der bevorstehenden Debatte über die Armeefrage nicht für zeitgemäß hielt. — Zwei Interpellationen, welche im Abgeordnetenhaus gestellt worden, haben Anlaß zu sehr umfangreichen Discussionen gegeben. Die erste bezog sich auf die namentlich im Kriegs- und Marine-departement vorgekommene Nichtvereidung einzelner Staatsbeamten auf die Verfassung. Die Regierung hielt die Staats-